

## Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 14.11.2019  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:50 Uhr  
**Ort, Raum:** Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

##### CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Simon Tinnes	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Matthias Görgen	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Thomas Klein	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU
Maria Bänsch	CDU

##### SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD
Sebastian Palz	SPD

Silvia Prinz	SPD
Manfred Klein	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn	AfD
-------------------	-----

FWM-Fraktion

Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig
Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig

fraktionslos

Karsten Thomaser	FDP
------------------	-----

Verwaltung

Thomas Klein  
 Lisa Klein  
 Dieter Ernst, Erster Beigeordneter  
 Nicole Leinen  
 Lydia Müller  
 Ute Süßmilch  
 Werner Gasper  
 Christian Bies

**Abwesend**

CDU-Fraktion

Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU	entschuldigt
Ulrike Biermann	CDU	entschuldigt

SPD-Fraktion

Arndt Oehm

SPD

entschuldigt

DIE LINKE-Fraktion

Frank Hackenberger

DIE LINKE

entschuldigt

AfD-Fraktion

Dieter Leistenschneider

AfD

entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
  - 2 Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 und Entlastung des Bürgermeisters 2019/192
  - 3 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2018 2019/175
  - 4 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung und Behandlung des Ergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2018 2019/182
  - 5 Situation Baubetriebshof 2019/218
  - 6 Gastronomiegebäude am Wolfspark Werner Freund 2019/184
  - 7 Fortschreibung des kommunalen Integrationskonzeptes der Kreisstadt Merzig 2019/220
  - 8 Satzung über die Benutzung der Waldruhestätte der Kreisstadt Merzig 2019/212-001
  - 9 Abschluss eines Erschließungsvertrages im Stadtteil Bietzen, Olkenweg 2019/231
  - 10 Anpassung der Nutzungs- und der Entgeltordnung der Stadtbibliothek 2019/234
  - 11 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

## Nichtöffentlicher Teil

- 12 Grundstücksangelegenheiten

- |      |   |          |
|------|---|----------|
| 12.1 | Verlängerung einer Bauverpflichtung im Stadtteil Fitten | 2019/204 |
| 12.2 | Ankauf von Grundstücken im Stadtteil Mondorf            | 2019/221 |

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

---

### 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

---

### 2 Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 und Entlastung des Bürgermeisters 2019/192 ungeändert beschlossen

Gemäß § 42 Abs. 3 KSVG bestellt der Stadtrat bei Sitzungen, in denen über die Jahresrechnung beraten wird, für diesen Gegenstand der Tagesordnung einen besonderen Vorsitzenden. Bisher war es gängige Praxis, dass das älteste Mitglied des Stadtrates vom Stadtrat zum besonderen Vorsitzenden bestellt wurde. Das älteste Mitglied ist Stadtverordneter Heinz Temmes (B'90/Die Grünen), der sich bereiterklärt, den Vorsitz zu übernehmen. Der Stadtrat stimmt dem zu. Stadtverordneter Heinz Temmes (B'90/Die Grünen) übernimmt den Vorsitz.

Der Vorsitzende verweist auf die im Jahresabschlussbericht 2016 falsch angegebene Jahreszahl, dort stehe 2015, gemeint sei aber das Jahr 2016 und bittet darum, diese zu korrigieren. Der Vorsitzende bedankt sich beim Bürgermeister und der ganzen Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende führt weiter aus, der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich in seiner Sitzung vom 23.09.2019 mit dem Jahresabschluss 2016 befasst, und diesen eingehend erläutert. Der Jahresabschluss schließe mit einem Jahresfehlbetrag von 9.674.911,911 € ab.

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe dem Stadtrat empfohlen,

- den Abschluss festzustellen,
- die allgemeine Rücklage um den Jahresfehlbetrag in Höhe von 9.674.911,91 € zu belasten
- und den Bürgermeister gemäß § 35 Nr. 16 KSVG zu entlasten.

#### Beschluss:

1. Der vorgelegte geprüfte Jahresabschluss 2016 wird mit 27 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen festgestellt.
2. Der Ausgleich des Jahresfehlbetrages in Höhe von -9.674.911,91 € erfolgt durch Verringerung der allgemeinen Rücklage. Der Verringerung der Allgemeinen Rücklage wird mit 26 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen zugestimmt.
3. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt. Der Beschluss erfolgt mit 26 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen.

---

**3 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2018**

**2019/175**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2018 wird festgestellt. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Gewinn in Höhe von 308.988,36 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 46.411.636,07 €. Den Erträgen in Höhe von 8.320.168,21 € stehen Aufwendungen in Höhe von 8.011.179,85 € gegenüber.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	2

---

**4 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung und Behandlung des Ergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2018**

**2019/182**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2018 wird festgestellt. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Gewinn in Höhe von 2.748,63 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 1.260.210,63 €. Den Erträgen in Höhe von 2.466.828,16 € stehen Aufwendungen in Höhe von 2.464.079,53 € gegenüber.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	2

---

**5 Situation Baubetriebshof**

**2019/218**  
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld informiert über die aktuelle Situation des Baubetriebshofes und verweist auf den Ortstermin am 23.10.2019. An diesem Tag habe man die Möglichkeit gehabt, sich ein Bild vor Ort zu machen. Die Situation sei so, dass dort ein großer Sanierungsbedarf bestehe und teilweise Flächen aus Sicherheitsgründen gesperrt worden seien. Der Prozess dauere mittlerweile bereits drei bis vier Jahre an. Eine Gegenüberstellung der Kosten bezüglich Neubau oder Sanierung sei erfolgt. Aus der Sitzungsvorlage sei zu entnehmen, dass ein Neubau zwar teurer als eine Sanierung, aber wesentlich wirtschaftlicher sei. Die Verwaltung habe auch mit anderen Kommunen im Landkreis Merzig - Wadern Kontakt aufgenommen, inwieweit es möglich wäre, ein solches Projekt gemeinsam anzugehen. Es habe mehrere

Absagen gegeben, aus den unterschiedlichsten Gründen, etwa weil es nicht gewollt sei oder im Hinblick auf die Entfernung. Nichts desto trotz wolle die Verwaltung nochmals auf die Kommunen zugehen, für die es nach städtischer Einschätzung interessant sein könnte. Dankbar sei er über die breite Zustimmung im Ausschuss. Das weitere Vorgehen sei zum einen, in Grundstücksverhandlungen zur Errichtung eines neuen Baubetriebshofes einzutreten; des Weiteren müsse man sich in der Verwaltung Gedanken über Finanzierungsmodelle machen. Wichtig sei das Ziel, einen neuen Baubetriebshof anzugehen. Gleichzeitig sei es aber auch schwierig, ein solches Vorhaben zu finanzieren. Bürgermeister Hoffeld weist auf die gute Lage des jetzigen Baubetriebshofes hin. In diesem Zusammenhang müsse man sich Gedanken machen bezüglich der Nachnutzung. Bürgermeister Hoffeld informiert über eine Anmerkung von Ratsmitglied Temmes (Grüne), die dieser im Vorfeld der Sitzung an die Verwaltung gerichtet habe. Diese werde im Endbericht mit aufgenommen.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler teilt mit, dass die CDU Fraktion dem Ansinnen zustimme, in Grundstücksverhandlungen einzutreten, um einerseits ein Grundstück in der Nähe des Landesbetriebes zu erhalten, damit Synergieeffekte erzielt würden, und sich andererseits auf den Weg zu machen, eine Finanzierung zu entwickeln. Er bestätigt, dass das, was im Gutachten stünde, mit der Realität übereinstimme. Dies sei beim Ortstermin nicht zu übersehen gewesen. Man habe dort Bereiche gesehen, die erschreckend gewesen seien. Deshalb sei es wichtig gewesen, einige Stellen zu sperren, um die Sicherheit der Mitarbeiter zu gewährleisten. Die Folge daraus sei aber, dass immer weniger Platz zur Verfügung stehe. Aus diesen Gründen müsse und wolle man diesen Weg beschreiten. Im Zusammenhang mit der Umsetzung eines solch großen Projektes sollte aus Sicht seiner Fraktion nochmals das Thema Grünschnitt mit aufgegriffen werden. Traurig seien die Absagen der Nachbarkommunen. Deshalb freue er sich, dass nochmals versucht werde, Gespräche zu führen. Er sei auch froh, dass der Hauptausschuss im Rahmen der Vorberatung einmütig der Vorlage zugestimmt habe und der Baubetriebshof nicht zum Politikum gemacht werde. Berücksichtigen sollte man auch die Arbeit des Baubetriebshofes, der bei vielen Veranstaltungen in der Kernstadt sowie in den Ortsteilen immer unterstützend zur Seite stehe. Ferner mache es auch Sinn, einen Standort zu haben, der zentralisiert sei. Er teilt mit, dass die CDU-Fraktion für einen Neubau stimme und bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die gute geleistete Arbeit der Mitarbeiter des Baubetriebshofes.

SPD-Fraktionssprecher Klein erklärt, dass es heute um einen Grundsatzbeschluss über den Neubau und die Verlagerung des Merziger Baubetriebshofes gehe. Beides sei zwingend erforderlich, deshalb stimme die SPD-Fraktion ganz klar dafür. Der jetzige Baubetriebshof sei damals nicht an dieser Stelle, in dieser Gebäudestruktur geplant, gebaut und konzipiert worden, sondern vorhandene Gebäude auf dem Gelände seien genutzt worden. Mit den Jahren seien dann Um- und Anbauten vorgenommen worden, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Auch der jetzige Standort mitten in der Stadt sei zunehmend als zeitlicher Hemmschuh in den täglichen Betriebsabläufen des Baubetriebshofes erkannt worden. Neben Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Verbesserung der Betriebsabläufe seien der SPD-Fraktion auch die Sicherheit und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter wichtig. Aus diesen Gründen sei ein Neubau unumgänglich. Die Planung, die Konzeption, die Finanzierung und ein anspruchsvoller Bauzeitenplan seien für alle Beteiligten eine große Herausforderung.

Ratsmitglied Temmes (B'90/Die Grünen) verweist auf den stattgefundenen Ortstermin und insbesondere die Kelleranlage, die man an diesem Termin vorgefunden habe. Es sei in seinen Augen schlimm, wenn man mehrere Jahre eine Fläche befahre und nicht wisse, dass dort ein Keller sei. Dies sei sehr bedauerlich und er frage sich, wer die letzten Jahre diese Anlage geprüft, wer diesen Schaden niedergeschrieben habe und was aufgrund des Prüfberichtes im Nachhinein veranlasst worden sei. Er stelle fest, dass dies sehr wenig bzw. nicht viel gewesen sei. Er sei froh gewesen, dass die Flächen, die einen beeinträchtigten Zustand vorweisen würden, teilweise gesperrt worden seien, zum Wohle der Mitarbeiter und mit Rücksicht auf die dortigen Gefahren. Das Grundstück des jetzigen Baubetriebshofes sei ein „Filetstück“, das sich mitten in der Stadt befinde. Eine Schwachstelle sei, dass von sieben



Gebäuden fünf nicht genehmigt seien. Ratsmitglied Temmes (Grüne) spricht sich für einen Neubau des Baubetriebshofes aus. Seines Erachtens sei eine Sanierung der Gebäude mit viel Aufwand und hohen Kosten verbunden. Dies seien beispielsweise der Brandschutz, der Wärmeschutz, die Elektrik sowie auch die Wasserleitungen und am Ende habe man immer noch 80 Jahre alte Bauwerke und eine uralte Bausubstanz. Deshalb schlage er vor, dass die Verwaltung Grundstücksverhandlungen im Bereich der Riffstraße führen solle. Von den fünf Gleisen auf der jetzigen EÜ in Merzig würden zwei wegfallen. Dies seien mindestens zehn Meter, die auf der gesamten Strecke von der Brücke bis oben hin entfielen. Hier sollte man städtischerseits nachfragen, ob die Möglichkeit bestehe, diesen durch den Wegfall der Gleise freiwerdenden Platz anderweitig für die Stadt zu nutzen. Die Grüne-Fraktion fordere einen Neubau des Baubetriebshofes, eine Konzentration der erforderlichen Flächen an einem Ort, einen Standort im Gewerbegebiet Riffstraße zu suchen und das jetzige Areal des Baubetriebshofes für die Stärkung der Innenstadt zu entwickeln sowie das jetzige Areal des Baulagers für die Stärkung des Gewerbegebietes Nord-West für innenstadtrelevante Angebote zu entwickeln.

Bürgermeister Hoffeld berichtet über mehrere Gespräche, die die Verwaltung mit dem Landesbetrieb für Straßenbau geführt habe. Der LfS habe sich aber gegen ein gemeinsames Projekt mit der Stadt Merzig ausgesprochen. Der LfS habe mitgeteilt, das Vorhaben allein durchzuführen.

Ratsmitglied Spanier (parteilos) kündigt an, dass die Fraktion „Die Linke“ sich für einen Neubau ausspreche. Sie rege an, die Fläche des jetzigen Baubetriebshofes zum Bau von Sozialwohnungen zu nutzen. So sei es für Menschen mit geringem Einkommen nachweislich schwieriger, sich ein Auto zu kaufen. Eine so innenstadtnahe Lage sei für diesen Personenkreis sehr günstig. Ein weiterer Wunsch sei es, die Anlage möglichst grün zu gestalten und den Überführungsweg zur Von-Boch-Straße zu erhalten.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, er sei etwas irritiert über den relativ engen Zusammenhang, dass man jetzt plötzlich von einem massiven Schaden auf dem Gelände des Baubetriebshofes wisse, während man vor wenigen Jahren, als eine Diskussion über eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb angestanden habe, davon nichts gewusst habe. Er glaube, wenn die Schäden damals – vor etwa drei Jahren - bekannt gewesen wären, hätte dies die städtische Verhandlungsposition gegenüber dem Land gestärkt. Er merkt an, dass die Schäden offensichtlich und nicht erst in den vergangenen zwei Jahren entstanden seien. Es sei schade, dass eine Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb nicht zustande gekommen sei.

Bürgermeister Hoffeld wiederholt nochmals seinen Hinweis, dass es drei Gespräche mit dem Landesbetrieb gegeben habe. Dieser habe aber kein Interesse an einer Zusammenarbeit gezeigt. Dies müsse man akzeptieren. Des Weiteren seien die Schäden bereits bekannt gewesen, als die Gespräche mit dem Landesbetrieb geführt worden seien.

Bürgermeister Hoffeld nimmt Bezug auf die von Ratsmitglied Temmes vorgetragene Punkte der Fraktion B'90/Die Grünen, über die abgestimmt werden sollte. Fraktionssprecher Borger (Grüne) merkt an, dass der Antrag niemandem vorliege. Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass Herr Temmes gerade mündlich mehrere Punkte vorgetragen habe. Fraktionsvorsitzender Borger wiederholt nochmals seine Anmerkung, dass der Antrag den Stadtverordneten nicht vorliege. Bürgermeister Hoffeld fragt, ob Herr Temmes den Wortbeitrag zurückziehe und ob – wie von Herrn Temmes im Namen der Grünen-Fraktion gefordert - über diese vorgetragene Punkte nun abgestimmt werden soll. Fraktionssprecher Borger (Grüne) vertritt die Auffassung, dass der Antrag im zuständigen Fachausschuss beraten werden müsse. Bürgermeister Hoffeld nimmt Bezug auf die vorgetragene Punkte, die inhaltsgleich seien mit den Punkten in der Verwaltungsvorlage. „Ein Neubau des Baubetriebshofes“ sei inhaltsgleich mit dem, was in der Vorlage stehe. Mit Blick auf den zweiten Punkt – „eine Konzentration der erforderlichen Flächen an einem Standort“ - werde geprüft, wie dies umgesetzt werden könne.

te. Die Anregung, „einen Standort im Gewerbegebiet Rieffstraße zu suchen“, werde mit aufgenommen, wobei er jetzt schon anmerken müsse, dass die Preise in der Rieffstraße sicherlich deutlich teurer seien als im Bereich des Hafens. Den vierten Punkt, „das jetzige Areal des Baubetriebshofes für die Stärkung der Innenstadt zu entwickeln“, und Punkt fünf, „das jetzige Areal des Baulagers für die Stärkung des Gewerbegebiets Nord-West für nicht innenstadtrelevante Angebote zu entwickeln“, sehe er im Punkt „Konzeptideen für die städtische ökonomische und nachhaltige Nachnutzung des Altstandortes“. Dies sei Bestandteil davon. Fraktionssprecher Borger (Grüne) vertritt die Auffassung, dass der fristgerecht eingereichte Antrag einer Fraktion den Stadtverordneten vorgelegt werden müsse. Dann werde überlegt, ob dieser Antrag direkt in einer Stadtratssitzung oder im zuständigen Fachausschuss behandelt werde. Darum ginge es ihm. Es könnte nicht sein, dass ein Antrag gestellt werde und einzelne Punkte hier verlesen würden. Es sei immer üblich gewesen, dass die Stadtverordneten die Anträge zur Verfügung gestellt bekommen hätten.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat fasst den grundsätzlichen Beschluss, eine Verlagerung und Neubau des Baubetriebshofes anzustreben. Daraus folgend wird die Verwaltung beauftragt:

- In Grundstücksverhandlungen mit der Flug-Hafen-Gesellschaft zwecks Ankauf eines Grundstücks im Hafen einzutreten,
- Finanzierungsmodelle für den Neubau des Baubetriebshofes zu entwickeln,
- Konzeptideen für eine städtebauliche, ökonomische und nachhaltige Nachnutzung des Altstandorts zu erarbeiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	3

## **6 Gastronomiegebäude am Wolfspark Werner Freund**

**2019/184**  
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld informiert, dass es hier um ein Interessenbekundungsverfahren gehe. Fraktionssprecher Borger (Grüne) macht vorab einige Anmerkungen zu den vorgelegten Sitzungsunterlagen. Seine Fraktion habe schon im zuständigen Fachausschuss bemängelt, dass völlig veraltetes Kartenmaterial vorgelegt worden sei. Hier seien z.B. Parkflächen eingezeichnet, die es schon lange nicht mehr gebe. Und es werde auch nicht das Parkchaos deutlich, das an besonders guten Besuchstagen herrsche. An ihrer Position, die sie im Ausschuss bereits dargelegt haben, hätte sich nichts, aber auch gar nichts geändert. Seine Fraktion habe nicht gewollt, dass an diesem Standort, der vorrangig den Wölfen und den Besuchern diene, die Tür für eine „Siedlung“ und „Rummel“ aufgemacht werde. Es handle sich hier um den sogenannten Außenbereich, der nur in sehr begründeten Ausnahmefällen, nur dann für Inanspruchnahmen zur Verfügung stehe, wenn dies im überwiegend öffentlichen Interesse stehe oder es keine andere Möglichkeit gebe, ein entsprechendes Vorhaben an anderer Stelle zu realisieren. Er verweise an dieser Stelle auf § 35 Baugesetzbuch. Und es sei ja nicht so, dass dort nicht schon seit Jahren etwas existiere. Natürlich könnte man überlegen, die Optik und das Umfeld mit kleinen Maßnahmen ansprechender zu gestalten. Aber dies dann bitte mit denen, die seit Jahren dazu beigetragen haben, dass hier ein für die Parkbesucher völlig ausreichendes Angebot existiere. Grünen-Fraktionssprecher Borger wirft die Frage auf, ob wirklich eine weitere Gastronomie gebraucht werde oder ob nicht ein Angebot genüge, das auf die Parkbesucher zugeschnitten sei. Und er stelle sich zunehmend die

Frage, warum in Merzig nur dann etwas schön sei, wenn etwas asphaltiert, betoniert, rechteckig oder quadratisch sei oder zu einer Versiegelung und Inanspruchnahme bisher unbebauter Flächen beitrage. Warum würdige man in Merzig nicht das erfolgreiche und naturschonende Engagement von Unternehmern, die ein Angebot für die Parkbesucher machen, das nicht zu einer Schwächung des innerstädtischen Angebotes führe. Warum suche man nicht Lösungen, die eben nicht zu einem dauerhaften Verlust bisher unbebauter Flächen führten. Er erinnere nochmal an die Themen Klimaschutz, Biodiversität und den Saar-Spruch „Großes entsteht immer im Kleinen“. Große Umweltprobleme würden meist im Kleinen beginnen. Wenn Parkbesucher etwas umfangreicher essen wollten, könnten sie die exzellenten Angebote in der Stadt und den Stadtteilen aufsuchen. Das stärke die Innenlagen und nicht das über die Autobahn Anreisen, den Park besuchen, dort zu essen und dann wieder über die Autobahn abreisen. Eine Anregung in einem räumlichen Zusammenhang: Man sollte besser überlegen, wie die Stadt dem örtlichen Schützenverein die erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen könne, um Schallschutzmaßnahmen aus dem Schießbetrieb zu ergreifen. Die Bitte, sich für Schallschutzmaßnahmen einzusetzen, sei ihm mehrfach auf unterschiedlichem Wege durch Parkbesucher mitgeteilt worden. Die Idylle und das besondere Wolfserlebnis würden natürlich durch den Schießbetrieb mit großkalibrigen Waffen gestört.

Grünen-Fraktionssprecher Borger fasst die Kernpunkte nochmals zusammen, da es im Rat Mandatsträger gebe, die mit dem Verbreiten von unwahren Behauptungen aus nichtöffentlichen Sitzungen versuchen würden, die politische Konkurrenz zu verunglimpfen. Er fordere, dass die Stadt Merzig mit dem Schützenverein Kontakt aufnehme, um für diesen effektive, lärmindernde Maßnahmen zu ergreifen und zu finanzieren.

Bürgermeister Hoffeld merkt an, dass Grünen-Fraktionssprecher Borger eine Unterstellung in den Raum geworfen habe, die er nicht stehen lassen wolle.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler unterstreicht die Einzigartigkeit des Wolfsparkes. Er habe eine große Anziehungswirkung nicht nur für Merziger Bürger, sondern auch darüber hinaus. Vor vielen Jahren sollte der Wolfspark viel größer gebaut werden, mit einem extra Bereich für Wirtschaftsgebäude. Die Folge wären Eintrittspreise für den Wolfspark gewesen. Der Wolfspark sei für alle da, ohne Eintrittspreise. Er sei froh und dankbar, dass ein Betreiber gefunden worden sei, der dort seit fünf Jahren für eine Bewirtung Sorge. Die Situation vor Ort sei sehr unbefriedigend und dass dort von heute auf morgen eine Kündigung erwirkt werden könnte, so dass ein Betreiber eine Perspektive habe, die leicht überschaubar sei, halte er für unsozial. Er wolle nochmals anmerken, dass es sich um ein Interessenbekundungsverfahren handle und nicht um eine Ausschreibung. Er freue sich auf die kommenden Angebote und wünsche sich, dass der jetzige Betreiber ebenfalls ein Angebot abgeben werde. Die CDU-Fraktion stehe dem Interessenbekundungsverfahren offen gegenüber. Das Augenmerk liege darauf, zu schauen, dass der Wolfspark gestärkt werde und es zu keiner Schwächung anderer Bereiche komme.

Ratsmitglied Spanier (parteilos) stellt die Frage, warum dort ein Gastronomiebetrieb angesiedelt werden solle, obwohl es vor Ort ein Angebot gebe. Bürgermeister Hoffeld entgegnet, es solle dort kein neues Angebot entstehen. Es habe verschiedene Vorsprachen von Dritten gegeben, die sich ebenfalls vorstellen könnten, dort Gastronomie zu betreiben. Die Verwaltung komme dann in die Situation, das Interesse abzufragen, bevor man dies später zum Vorwurf gemacht bekomme, da es sich um eine städtische Fläche handle.

Ratsmitglied Schuh (Freie Wähler) spricht sich für die Reaktivierung des bestehenden Gasthauses aus, welches zurzeit nicht in Betrieb sei. Bürgermeister Hoffeld entgegnet, man müsse die Entscheidung des ehemaligen Gastronomen akzeptieren, eine Reaktivierung des bestehenden Gasthauses sei ausgeschlossen.

**Beschluss:**

Der Aufruf zur Interessenbekundung zur Verpachtung der Gastronomie und der Errichtung eines Gastronomiegebäudes am Wolfspark Werner Freund soll in der dargestellten Form bekanntgemacht werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	6	0

---

**7 Fortschreibung des kommunalen Integrationskonzeptes der Kreisstadt Merzig** **2019/220**  
ungeändert beschlossen

Stadtverordneter D’Auria (SPD) berichtet, dass Migration unsere Region seit Mitte der 50er Jahre beschäftige. Bis in die 80er Jahre habe man sich nicht viele Gedanken um das Thema „Zuwanderung und Migration“ gemacht. Ende der 80er Jahre, mit der Änderung des § 50 KSVG, habe man den ersten Schritt gemacht und die Bildung von Ausländerbeiräten ermöglicht. 1990 habe die Kreisstadt Merzig die erste Satzung zur Bildung eines Ausländerbeirates erlassen und damit die Bildung eines solchen Beirates in Merzig ermöglicht. Dieser sei ein wichtiges Instrument zur Teilhabe und Mitsprache am politischen Willensbildungsprozess. 2012 habe die Stadt auf die damalige Situation reagiert und ein erstes Konzept zur Verbesserung der Integration von Migranten erstellt. Dieses Konzept habe Früchte getragen. Mittlerweile hätten sich die Zusammensetzung und der Name des Beirates in Zuwanderungs- und Migrationsbeirat geändert. Eine Aufgabe des Beirates, um angemessen auf die geänderten Situationen reagieren zu können, sei die Fortschreibung des Integrationskonzeptes gewesen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten und unter der Federführung der Integrationsbeauftragten Heike Wagner habe sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Beirates, intensiv mit der Materie beschäftigt und das Konzept so angepasst, dass der Beirat den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen wäre. Merzig sei eine weltoffene Stadt, in der ein friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen Ziel aller Anstrengungen sein solle. Deshalb unterstütze die SPD-Fraktion dieses Konzept und stimme der Vorlage zu.

Stadtverordnete Schmitt (CDU) bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Beteiligten für die Entwicklung dieses Konzeptes. Dieses sei mit sehr viel Herzblut, Fachwissen und Engagement erstellt worden. Die Integrationsarbeit in der Kreisstadt Merzig sei auf einem guten Weg und dieser Weg sei der Richtige. Gelungen sei auch die Aufnahme einer größeren Zahl von geflüchteten Menschen, ohne eine Belegung z.B. von Turnhallen. Dies seien Früchte dieser Arbeit. Der Zuwanderungs- und Migrationsbeirat sei ein gutes Beispiel für eine gelungene Bürgerbeteiligung und einen respektvollen Umgang miteinander. Dies sei der richtige Weg zu einer Stadt der Vielfalt. Darauf könne man stolz sein.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des kommunalen Integrationskonzeptes in der vom Beirat für Zuwanderung und Migration vorgeschlagenen Form.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

- 
- 8 **Satzung über die Benutzung der Waldruhestätte der Kreisstadt Merzig** **2019/212-001**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Die Verwaltung empfiehlt, dem beigefügten Satzungsentwurf zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

- 
- 9 **Abschluss eines Erschließungsvertrages im Stadtteil Bietzen, Olkenweg** **2019/231**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Die Zustimmung zum Abschluss des Erschließungsvertrages zur Erschließung eines Grundstückes im Stadtteil Bietzen wird vorbehaltlich der Zustimmung des Orsrates erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

- 
- 10 **Anpassung der Nutzungs- und der Entgeltordnung der Stadtbibliothek** **2019/234**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Nutzungs- und Entgeltordnung zum 01.01.2020 wie vorgeschlagen zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

---

## 11 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Bürgermeister Hoffeld spricht ein großes Kompliment an den Ortsvorsteher von Bietzen, den ganzen Bietzerberg und das gesamte beteiligte Team aus. Es habe einen bundesweiten Wettbewerb gegeben, in dessen Rahmen der Verein „miteinander-füreinander“ ein ganz bemerkenswertes Ergebnis erreicht habe. Eine Silbermedaille habe man gewonnen; diese sei hart erkämpft worden. Man habe es geschafft, bundesweit in die Schlagzeilen zu kommen. Dafür spreche er ein großes Kompliment aus. Dieser Wettbewerb habe auch gezeigt, dass gemeinschaftliches Engagement auch vor Ort funktionieren kann.

Stadtverordneter Temmes (Grüne) spricht über die Abfallbeseitigung in der Kreisstadt Merzig. Das Thema sei, warum ortsansässige Unternehmen nicht angefragt worden seien. Es sei von irgendjemandem gesagt worden, dass diese sich nicht beteiligt hätten. Es sei aber so, dass aufgrund von Daten, die ihm vorlägen, eine Firma sich für die Abfuhr von Sperrmüll und Papier interessiert habe.